

Fraktion intern

ZEITEN WENDE

Was der Angriffskrieg gegen die Ukraine für
die deutsche Außenpolitik bedeutet

**Gabriela Heinrich
zur neuen
Sicherheitspolitik**

SEITE 6

**Matthias Miersch
über Abhängigkeit
von russischer Energie**

SEITE 12

**Wie wir
Geflüchtete
unterstützen**

SEITE 18

Titelbild: Ein Wohnhaus der Stadt Borodjanka in der Region Kiew, das durch den Beschuss der russischen Armee zerstört wurde.

IMPRESSUM

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Josephine Ortleb MdB,
Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Flora Wisdorff
Redaktionsschluss: 20.04.2022

Redaktionsanschrift: SPD-Bundestagsfraktion Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
Telefon: 030 227-513 34 · Telefax: 030 227-568 00
redaktion@spdfraktion.de · www.spdfraktion.de

Layout: Ariane Förschler
Druck: Möller Pro Media GmbH, Berlin

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Abbildungen:
Titelseite picture alliance / Photoshot,
Seite 3 SPD-Bundestagsfraktion (Rolf Mützenich),
Seite 6 photothek Berlin (Gabriela Heinrich), Shutterstock,
Seite 7 picture alliance / ZUMAPRESS.com | Madeleine Kelly,
Seite 8 picture alliance / EPA | SERGEI ILNITSKY,
Seite 9 picture alliance / Photoshot,
Seite 10 picture alliance / ZUMAPRESS.com | Alex Chan Tsz Yuk,
Seite 11 picture alliance / EPA | STR,
Seite 12, 15, 16 Fionn Grosse (Matthias Miersch),
Seite 18 picture alliance / dpa | Michael Hanschke,
Seite 19 SPD-Bundestagsfraktion (Hakan Demir),
Seite 20 picture alliance / Jörg Carstensen,
Seite 21 picture alliance / dpa | Kay Nietfeld,
Seite 22 picture alliance / dpa | Kay Nietfeld (Wolfgang Hellmich),
Seite 23 photothek Berlin (Sanae Abdi)

Alle Bilder sind bearbeitet durch die SPD-Bundestagsfraktion.

EDITORIAL

Die Rolle des Parlaments in der Zeitenwende



Rolf Mützenich
MdB

Zeitenwende, Epochenbruch, Annus horribilis – es gibt viele Begriffe, die versuchen, das Unbegreifliche und Unerwartete des verbrecherischen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine in Worte zu fassen. Die Massaker in Butscha und anderen ukrainischen Städten machen uns fassungslos. Dafür müssen die Verantwortlichen durch eine internationale Gerichtsbarkeit zur Rechenschaft gezogen und geächtet werden. Die Verbrechen der russischen Streitkräfte müssen schonungslos aufgeklärt werden. Der 24. Februar 2022 markiert eine tiefe historische Zäsur. Von nun an ist europäische Sicherheit auf absehbare Zeit nur noch gegen Russland möglich. Das Versprechen einer europäischen Friedensordnung liegt endgültig in Trümmern.

In Kriegs- und Krisenzeiten schlägt die Stunde der Exekutive. Das ist auch diesmal nicht anders. In seiner Regierungserklärung in der historischen Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 27. Februar hat Olaf Scholz gleich mit einer ganzen Reihe von außenpolitischen Gewissheiten und Traditionen gebrochen. Wir liefern im Einklang mit der Charta der

Vereinten Nationen Waffen in ein Kriegsgebiet, wir haben zusammen mit unseren Partnern ein bislang beispielloses Sanktionsregime auf den Weg gebracht, dass die russische Wirtschaft massiv trifft – aber auch Folgen für unsere Wirtschaft hat. Und wir legen mit dem 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögen ein Investitions- und Ausrüstungsprogramm für unsere Bundeswehr auf. All diese Beschlüsse und Vorhaben sind richtig. Besondere Zeiten verlangen besondere Antworten.

Gleichwohl ist und bleibt die Bundeswehr eine demokratische Parlamentsarmee. Über den Verteidigungsetat entscheidet das Parlament, ebenso wie über die Verwendung des Sondervermögens. Deshalb werden wir auch jedem Versuch seitens der Unionsfraktion, das Zwei-Prozent-Ziel ins Grundgesetz schreiben zu lassen, entschieden entgegenzutreten. Künftigen Generationen die Höhe des Verteidigungshaushaltes in der Verfassung vorschreiben zu wollen, offenbart ein fragwürdiges Demokratieverständnis. Und: Mehr Geld für Militär und Rüstung ist noch kein Konzept. Humanitäre Hilfe, Krisenprävention, Diplomatie und vertrags-

basierte Abrüstung und Rüstungskontrolle bleiben genauso wichtig.

Wir werden in den kommenden Monaten unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und russischen Energielieferungen drastisch reduzieren. Wir werden deshalb das von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzespaket, bestehend aus der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), der Novelle des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) und dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), zügig beraten und eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung schaffen.

Der russische Überfall auf die Ukraine stellt uns vor große Herausforderungen: politisch, militärisch und wirtschaftlich. Der Bundestag wird die Bundesregierung deshalb auch weiterhin bei ihrer Hilfe für die Ukraine, dem Umbau unserer Energieversorgung und der Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit Europas engagiert, selbstbewusst und konstruktiv unterstützen.

*Ever und Ihr
Rolf Mützenich*

Inhalt

Was der Angriffskrieg gegen die Ukraine für die **deutsche Außenpolitik** bedeutet

6 AUSSENPOLITIK

ZEITEN WENDE

Nach Putins Angriff auf die Ukraine gelten alte Gewissheiten nicht mehr – deshalb müssen wir unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik neu ausrichten. Unsere sozialdemokratischen Überzeugungen müssen die Grundlage unserer Antworten auf diese Zeitenwende sein.

Ein Essay von Gabriela Heinrich, MdB

18 FLÜCHTLINGSPOLITIK

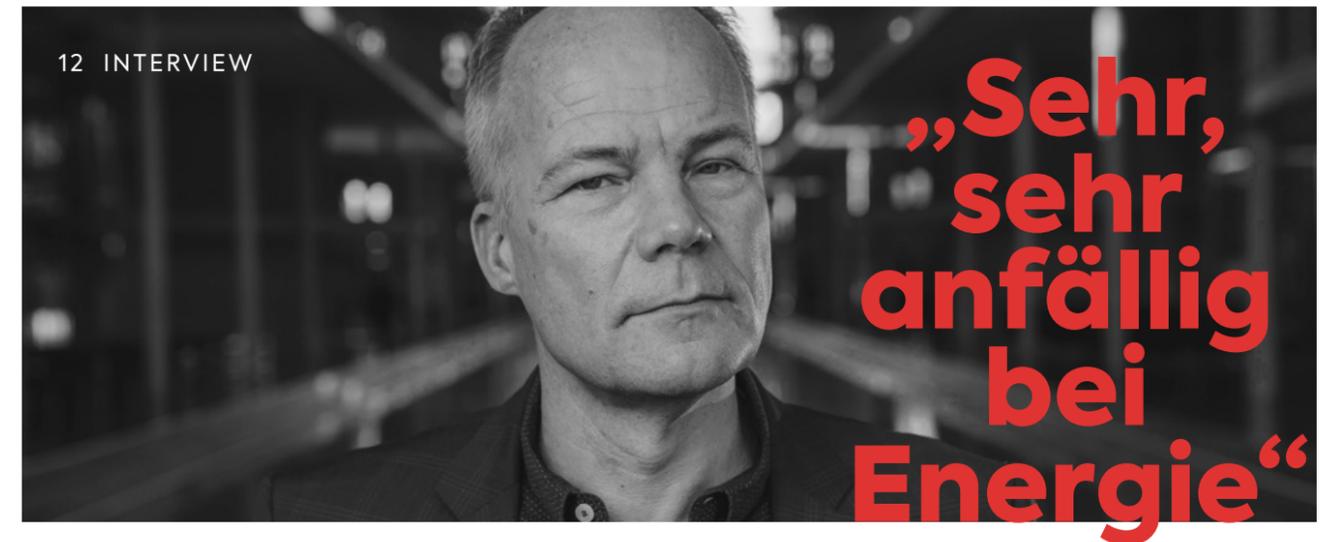
Jederzeit handlungsfähig sein



Millionen Menschen aus der Ukraine sind auf der Flucht: Wie sich Deutschland für deren Aufnahme und Integration wappnet.

Ein Ortstermin mit Hakan Demir, MdB

12 INTERVIEW



SPD-Fraktionsvize *Matthias Miersch* über die Folgen eines Gas-Embargos gegen Russland, wenn wir unabhängig von russischer Energie sein werden – und die Belastung der Bürger:innen durch teuren Strom und Gas.

17 VERBRAUCHER:INNEN

Wie die Ampel die hohen Energiekosten abfedert

Die Entlastungen im Überblick.

22 VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Eine moderne Bundeswehr

Eine wehrhafte Demokratie braucht einsatzfähige Streitkräfte. Ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro soll die Bundeswehr zur modernsten Armee Europas machen.



Wolfgang Hellmich
MdB

23 INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Entwicklungspolitik sichert Frieden

Entwicklungszusammenarbeit schafft wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven und trägt damit vorbeugend dazu bei, dass Konflikte oder Fluchtursachen nicht entstehen.



Sanae Abdi
MdB

Eine sozialdemokratische ZEITEN WENDE

Putins erneuter Angriff auf die Ukraine hat die zentralen Paradigmen der Friedensordnung, die nach dem Kalten Krieg galt, außer Kraft gesetzt. Alte Gewissheiten gelten nicht mehr – deshalb müssen wir unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik neu ausrichten. Aber ist wirklich alles neu? Nein, unsere sozialdemokratischen Überzeugungen gelten noch immer. Sie müssen die Grundlage unserer Antworten auf diese Zeitenwende sein.



Ein Essay von Gabriela Heinrich,
stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion

Der 24. Februar ist der Tag, an dem die Zeitenwende beginnt. „Ich habe die Entscheidung für eine Militäroperation getroffen“, verkündet Wladimir Putin am frühen Morgen. Zehn Minuten danach fallen die ersten Bomben auf die Ukraine. Der Krieg beginnt. Und mit ihm vollzieht sich ein eklatanter Bruch des Völkerrechts, wie Bundeskanzler Olaf Scholz am selben Morgen sagt.

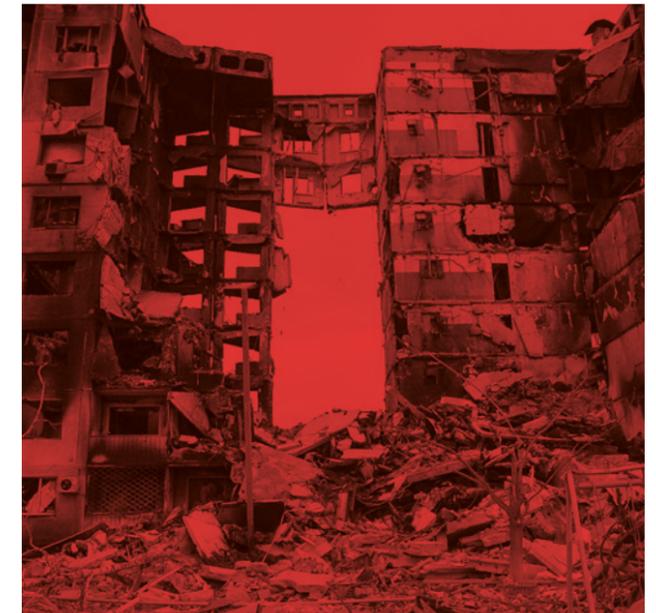
Seit dem 24. Februar verfolgen sie uns, die schrecklichen Bilder aus Mariupol, aus Charkiw, aus Kiew, und die schrecklichen Gräueltaten aus Butscha. Täglich kommen die Geflüchteten am Berliner Hauptbahnhof an, ihre verbliebene Habe in wenige Taschen oder nur Plastiktüten gepackt. Seitdem ist auch klar, dass wir ein neues Denken für unsere Sicherheit, unsere Handlungsfähigkeit und unseren Blick auf die Welt brauchen. Mit seiner völkerrechtswidrigen Invasion setzt Putin die Friedensordnung außer Kraft, wie wir sie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kennen.

In einer Sondersitzung des Bundestages am 27. Februar – der ersten Bundestagssitzung überhaupt an einem Sonntag – hat Bundeskanzler Olaf Scholz erste Antworten jenseits von Sanktionen gegeben. Wir liefern jetzt Waffen an die Ukraine. Ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro wird für die Bundeswehr bereitgestellt, um diese fit zu machen für die Landes- und Bündnisverteidigung.

Weitere Antworten werden folgen müssen. Es geht, der Kanzler hat es gesagt, um eine Zeitenwende in unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Antworten werden wir im Sinne der sozialdemokratischen Werte gestalten. So ist für uns klar, dass die Sicherheitspolitik auch weiter durch Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit flankiert werden muss. Vermeintliche Gewissheiten sind nach Putins Angriff vielleicht ungültig geworden, doch unsere Überzeugungen und unser Wertekompass gelten weiterhin.

ABHANDEN GEKOMMENE GEWISSEHEITEN

Es sind die Gewissheiten, auf die wir uns nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Ende des Kalten Krieges in unserer Außen- und Sicherheitspolitik gestützt haben, in vielen internationalen Verträgen verankert, die Putin mit seinem Angriff nun außer Kraft gesetzt hat. Dieser fundamentale Paradigmenwechsel macht es notwendig, unse-



Die Überreste eines Wohnhauses in der Stadt Borodjanka liegen nach dem russischen Einmarsch am Boden.

re Verteidigungspolitik neu auszurichten. Die europäische Friedensordnung bestand aus einem System mehrerer Vereinbarungen und Abkommen. Die Schlussakte von Helsinki von 1975, die Charta von Paris von 1990, das Budapester Memorandum von 1994 und die NATO-Russland-Grundakte von 1997 bilden unter anderem ihre Grundlagen.

Auch Russland hat sich darin zur Souveränität und Unabhängigkeit aller Staaten bekannt, auch zu der der Ukraine. Im Vertrauen auf dieses Versprechen hat die Ukraine damals auf ihre Nuklearwaffen verzichtet. Die Europäische Sicherheitscharta vom 19. November 1999 besagt: Jeder Staat hat das Recht auf Sicherheit. Jeder Staat hat das Recht, seine Bündnisverträge frei zu wählen. Wir haben uns bis in den Februar 2022 darauf verlassen, dass in Europa Grenzen unverletzlich und Kriege obsolet geworden sind.

Wir wurden eines Besseren belehrt. Dieser Angriffskrieg ist nicht der erste Völkerrechtsbruch Putins, er reiht sich ein in die Annexion der Krim, den Krieg im Donbass, die Invasion von Teilen Georgiens oder auch blutige Interventionen in Syrien und Libyen. Dazu kommen hybride Bedrohungen: Giftmorde in Westeuropa, gezielte Tötungen durch Geheimdienste, auch direkt vor unserer Tür im Berliner Tiergarten. Und Cyberangriffe, auch auf den Bundestag. Putins Wagner-Söldner kämpfen in vielen Kri-

sengebieten. Und damit nicht genug: Putin hat Russland auch innenpolitisch zum Schlechteren verändert. Er greift auch die eigene Gesellschaft massiv an. Die Menschenrechtslage im ganzen Land ist katastrophal. Wahlen sind nicht frei, der Wandel hin zur Autokratie wird massiv vorangetrieben. Aktivist:innen, Journalist:innen, LGBTI, die gesamte Zivilgesellschaft in Russland ist von massiven Repressionen betroffen.

KONFLIKT ZWISCHEN FREIHEIT UND DIKTATUR

Der Angriff auf die Ukraine hat endgültig offenbart, dass sich der russische Präsident nicht mehr um Menschenrechtsstandards und nicht mehr um die alte Sicherheitsordnung schert. Die Cyberangriffe, die Menschenrechtsverletzungen in der Russischen Föderation, der Krieg in der Ukraine sind aus sozialdemokratischer Sicht letztlich die sichtbaren Symptome eines übergeordneten Konflikts: dem zwischen Freiheit und Diktatur.

Es sind Putins Angriffe. Die Zeitenwende ist von ihm verursacht worden. Und gerade wir als Sozialdemokrat:innen müssen darauf reagieren. Mehr denn je gelten dabei die Sätze, die Willy Brandt 1970 gesagt hat: „Die Bundesrepublik Deutschland führt ihre Ostpolitik nicht als Wanderer zwischen den Welten, sondern in der festen Verankerung der westlichen Zusammenarbeit. Atlantisches Bündnis und westeuropäische Partnerschaft sind für uns essentielle Voraussetzungen für den Erfolg eines Ausgleichs mit dem Osten.“ Diesen Anspruch werden wir auch zukünftig in beiden Dimensionen – Westbindung und Europa, Ausgleich und Sicherheit – mit Leben füllen müssen.

Dazu gehört eine gut ausgerüstete Bundeswehr. Die Bundesregierung hat deshalb zusätzlich zum regulären Haushalt ein Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Dies erlaubt es uns, die Bundeswehr mit Blick auf Landes- und Bündnisverteidigung zu stärken und gleichwohl die Mittel für den sozialen Zusammenhalt und den Klimaschutz zur Verfügung zu stellen.

In den letzten Jahren ging es in der sicherheitspolitischen Debatte vor allem um die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Um unsere Freiheit im schlimmsten Fall verteidigen

zu können, muss die Bundeswehr aber deutlich besser ausgerüstet sein. Sie muss auch die Landes- und Bündnisverteidigung gewährleisten können, dies ist seit dem 24. Februar drängender geworden. Dafür ertüchtigen wir sie jetzt mit dem Sondervermögen, und auch die Nationale Sicherheitsstrategie, die die Koalition gerade ausarbeitet, wird diese sicherheitspolitische Zeitenwende berücksichtigen müssen.

Die NATO braucht dabei keine neue Rolle einzunehmen. Auch Deutschland als NATO-Mitglied braucht das nicht. Wir müssen aber unsere Rolle in der NATO im Ernstfall erfüllen können. Gleichzeitig muss die Europäische Union in der Verteidigungspolitik effektiver und souveräner werden. In den vergangenen Wochen stellte die EU mit



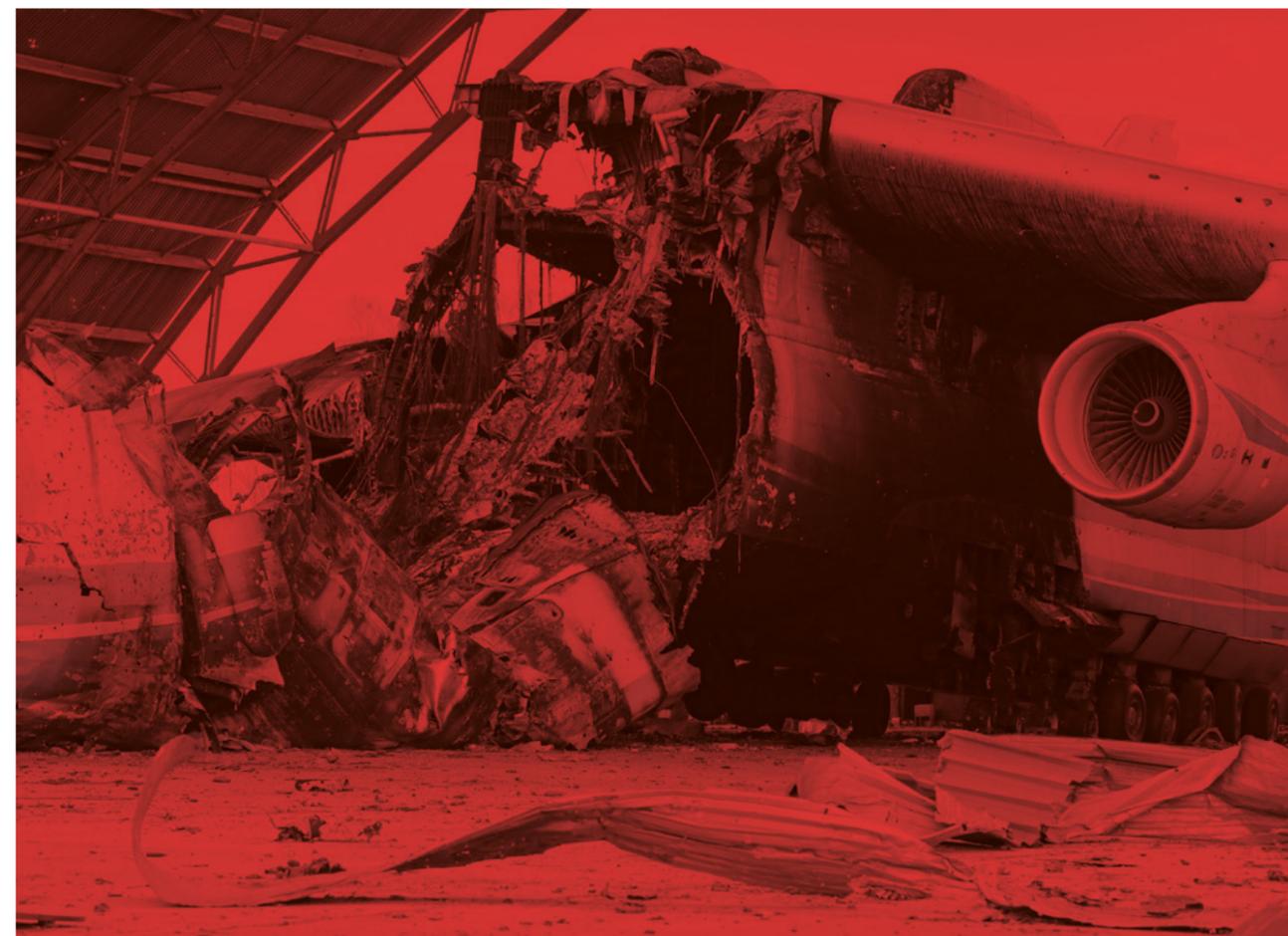
Blick ins Innere des Theaters von Mariupol, das im März von einer russischen Bombe getroffen wurde. Hunderte Zivilisten hatten dort Schutz gesucht. Nach ukrainischen Angaben starben 300 Menschen.

ihrer Geschlossenheit und schnellen Reaktion auf Putins Angriff unter Beweis, dass dies im Angesicht der Bedrohung auch möglich ist. Demokratien brauchen Demokraten und sie brauchen Sicherheit. Dies ist seit dem 24. Februar klarer denn je.

Auch die EU wird diese teils bittere Erkenntnis ebenfalls berücksichtigen und langfristige Antworten entwickeln müssen bei ihren Bemühungen, ihre Verteidigungs- und Sicherheitspolitiken zu koordinieren und auf ein gemeinsames Fundament zu stellen. Wir müssen unser gemeinsames Haus Europa stärken und besser schützen. Deshalb werden wir auch über die Europäische Verteidigungsunion diskutieren müssen. Mehr Souveränität Europas schwächt die NATO nicht, wie schon Wil-

ly Brandt 1983 sagte: „Die Allianzen werden nicht gesprengt, auch nicht gelockert, wenn die Europäer ihr Gewicht mehrten.“

Natürlich erinnert all das an die Abschreckung während des Kalten Krieges. Aber der russische Angriff auf ein souveränes Land, das zweitgrößte Land Europas, ein Land mit 44 Millionen Einwohnern direkt an der Grenze der EU, hat gezeigt: Wir müssen unsere Freiheit und unsere Demokratie, unsere offene Gesellschaft und unseren Wohlstand jetzt in Europa wieder mehr schützen. Unser Ziel dabei bleibt die Wiederherstellung einer stabilen und verlässlichen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung, die für alle Staaten gleichermaßen Gültigkeit hat und die Unverletzbarkeit aller Grenzen garantiert.



Das größte Transportflugzeug der Welt, die ukrainische Antonow An-225 „Mrija“, wurde auf dem Flughafen von Hostomel in der Nähe von Kiew bei einem russischen Angriff zerstört.



Eine beschädigte Statue des ukrainischen Dichters Taras Schewtschenko in der zerstörten Stadt Borodjanka.

DIE GESPRÄCHSKANÄLE MÜSSEN OFFEN BLEIBEN

Zentral an der sozialdemokratischen Ausgestaltung der sicherheitspolitischen Zeitenwende ist, dass wir weiterhin nicht nur auf militärische Komponenten setzen. Im Gegenteil, wir müssen auch unser ziviles Engagement langfristig ausbauen.

Bei der Antwort auf die neuen Herausforderungen leiten uns die gleichen sozialdemokratischen Grundwerte, die auch schon Willy Brandts Ostpolitik geprägt haben: Das Angebot des Dialogs und des Ausgleichs, aber auf der Basis von Werten und Respekt. Wir müssen die Gesprächskanäle mit Russland sogar jetzt aufrechterhalten.

Olaf Scholz hat seit Beginn des Ukraine-Krieges mehrfach mit Wladimir Putin telefoniert. Auch künftig ist es die ureigenste Aufgabe der Diplomatie, Gesprächskanäle offenzuhalten. Auch künftig sind Verhandlungen unser bevorzugtes Mittel, für Frieden einzutreten. Auch künftig stimmen wir uns mit unseren Partnern in Europa und auf der Welt eng ab und werden nicht müde werden, bilateral und multilateral in den internationalen Organisationen Gespräche zu führen.

Zu unserer Vision einer neu ausgestalteten Sicherheitspolitik gehören auch zusätzliche Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention. Wir werden die ODA-Quote, also den Anteil an



In der Nähe des Dorfes Teteriv unweit von Kiew liegen Teile einer Rakete.

öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen, stabil bei 0,7 Prozent halten.

Allein die humanitäre Hilfe wird 2022 auf über zwei Milliarden Euro aufgestockt, und das soll noch nicht das Ende sein. Die Ernährungssicherheit im Globalen Süden ist vielerorts durch den Ukraine-Krieg noch prekärer geworden. Wir werden auch angesichts der vielen regionalen Krisen und der Auswirkungen des Klimawandels das Geld dringend brauchen. Damit stärken wir die Resilienz im Globalen Süden in vielerlei Hinsicht, gegen Hunger genauso wie gegen Angriffe auf oft instabile Demokratien. Auch Energiesicherheit ist jetzt mehr denn je Bestand der Außenpolitik. Die Bundesregierung arbeitet – ebenso wie

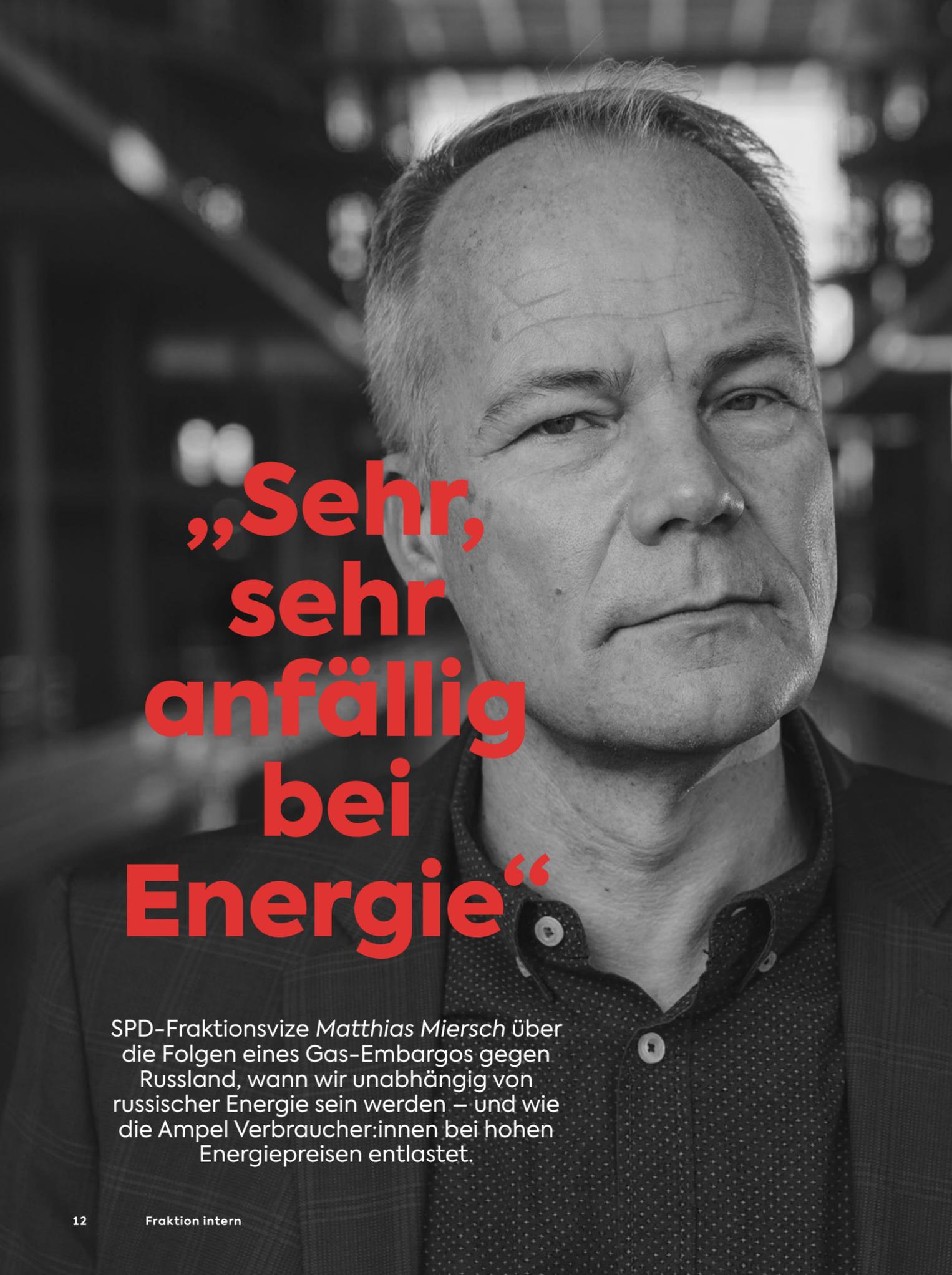
die EU-Kommission – mit Hochdruck daran, die Energieabhängigkeit von Russland so schnell wie möglich zu beenden. Natürlich wollen wir die Energiewende jetzt erst recht und so schnell wie möglich vorantreiben, hin zur Erneuerbaren Energie. Das ist der langfristige Plan. Wir müssen aber auch kurzfristig handeln. Dazu setzen wir unter anderem auf Flüssiggasterminals und auf das kürzlich im Bundestag verabschiedete Gasspeichergesetz.

Und last but not least: Die Ertüchtigung der Bundeswehr bedeutet nicht, dass wir unseren Kurs in der Abrüstung und in der Rüstungskontrolle verlassen. Zum Beispiel bringen wir jetzt, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, ein Rüstungsexportkontrollgesetz auf den Weg. Damit wird erstmalig in der Geschichte Deutschlands die Rüstungsexportkontrolle der Bundesregierung umfassend gesetzlich geregelt.

NICHT AUF KOSTEN DER SOZIALEN SICHERHEIT

Ganz wichtig ist für die SPD-Fraktion: Diese Zeitenwende in der Außen- und Verteidigungspolitik darf nicht dazu führen, dass die innere und die soziale Sicherheit darunter leiden. Genau deshalb haben wir den Weg des Sondervermögens im Grundgesetz gewählt, um die Bundeswehr zu ertüchtigen. Diese Investitionen lassen sich auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO anrechnen, fallen aber nicht unter die Schuldenbremse.

Deswegen: Es muss nicht an anderer Stelle gekürzt werden, um die Vorgaben der Schuldenbremse zu erfüllen, zusätzliche Investitionen im Verteidigungsbereich müssen also nicht bei anderen Titeln im Haushalt erspart werden. Unser Koalitionsvertrag gilt weiterhin mit den darin vorgesehenen Maßnahmen und Plänen. Insofern geht es gar nicht um die Frage, ob wir mehr in die Verteidigung investieren oder stattdessen in den Klimaschutz und die soziale Sicherheit. Es geht nicht um „Entweder-Oder“. Der SPD-Fraktion geht es darum, äußere und gleichzeitig innere und soziale Sicherheit zu schaffen.

A black and white portrait of Matthias Miersch, a middle-aged man with short hair, looking slightly to the right. The background is blurred, showing what appears to be an indoor setting with lights.

„Sehr, sehr anfällig bei Energie“

SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch über die Folgen eines Gas-Embargos gegen Russland, wann wir unabhängig von russischer Energie sein werden – und wie die Ampel Verbraucher:innen bei hohen Energiepreisen entlastet.

INTERVIEW

Fraktion intern: Die hohen Energiepreise sind eine Riesenbelastung für die Verbraucher:innen. Mit zwei Entlastungspaketen hilft die Koalition ihnen. Was war Ihnen besonders wichtig?

Matthias Miersch: Mir und der SPD-Bundestagsfraktion war besonders wichtig, dass wir sowohl die Arbeitslosengeld II-Bezieher:innen, aber insbesondere auch die Familien und jene Bürger:innen mit niedrigen und mittleren Einkommen entlasten. Das sind Milliarden, die jetzt an sie fließen werden. Als starkes Signal auch für den Klimaschutz sehe ich die Aktion, mit der wir den Öffentlichen Personennahverkehr vergünstigen, das Neun-Euro-Ticket für drei Monate.

Fraktion intern: Warum waren die Verhandlungen so schwierig? Sie haben eine ganze Nacht durchverhandelt.

Matthias Miersch: Die FDP hat ja einen sehr stark marktorientierten Ansatz. Ich finde, dass wir jetzt hautnah erleben, dass Energie auch Daseinsvorsorge ist. Das heißt, der Staat muss garantieren, dass Energie verfügbar und auch bezahlbar ist. Christian Lindner hatte zunächst einen Tankrabatt in den Vordergrund gestellt. Mir war es wichtig, die Lebenshaltungskosten insgesamt in den Blick zu nehmen. Denn Energie ist weitaus mehr als Benzin. Es geht um Heizkosten, es geht um Nahrungsmittel und viele weitere betroffene Lieferketten.

Fraktion intern: Was wäre denn an dem Entlastungspaket anders gewesen, wenn Sie hätten allein entscheiden können?

Matthias Miersch: Wir hätten sicherlich noch mal geguckt, wie man noch weitere Gruppen erreichen kann, zum Beispiel die Renter:innen. Die profi-

tieren jetzt mittelbar durch die Ermäßigung im öffentlichen Personennahverkehr und die Abschaffung der EEG-Umlage. Aber bei den direkten Transferzahlungen, da wäre sicherlich noch ein Ausbau möglich.

Fraktion intern: Wie viel kostet das Ganze?

Matthias Miersch: Ich rechne damit, dass beide Entlastungspakete insgesamt circa 30 Milliarden Euro kosten.

Fraktion intern: Das müssen wir über Schulden finanzieren.

Matthias Miersch: Richtig, das wird man auch über Schulden finanzieren müssen. Gerade in Krisensituationen muss der Staat gegensteuern, entlasten und in zukunftsfähige Alternativen investieren.

Fraktion intern: Die Energiekosten werden aber absehbar hoch bleiben. Kann der Staat das unbegrenzt ausgleichen? Was ist mit der Schuldenbremse?

Matthias Miersch: Ich bin mir sicher, dass die Einsicht wachsen wird, dass gerade in dieser Phase, in der wir nicht nur Corona als Herausforderung haben, sondern eben auch die Kriegssituation, dass wir die Schuldenbremse so nicht als feste Größe in diesem Jahr und im nächsten Jahr beurteilen können, sondern dass wir vor allen Dingen investieren und absichern müssen. Und wir werden auch über die Einnahmeseite noch einmal reden müssen. Es gibt ja durchaus Krisengewinner, und dass die an den Folgekosten beteiligt werden, finde ich richtig, wie zum Beispiel auch die Energiekonzerne.

Fraktion intern: Können wir eine Priorisierung unserer Ausgaben wirklich vermeiden?

Matthias Miersch: Natürlich priorisieren wir. Wir verschleudern das Geld ja nicht einfach, sondern wir finanzieren Dinge, die für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft ganz essenziell sind – wie die Kindergrundsicherung oder einen höheren Mindestlohn. Und dass aufgrund der Energiepreise auch Bereiche mittleren Einkommens unter Druck geraten sind, zeigt, dass in diesen Zeiten Solidarität organisiert werden muss. Wir haben uns in den letzten Jahren auch dank der Politik von Olaf Scholz als Finanzminister finanzpolitisch besser aufgestellt als viele, viele andere Länder auf dieser Welt, sodass wir uns auch einiges leisten können.

Fraktion intern: Die EU will ein Embargo auf Kohle aus Russland verhängen. Was wird das für Auswirkungen in Deutschland haben, auch auf die Energiepreise?

Matthias Miersch: Das werden wir sehen müssen. Die Unternehmen haben schon begonnen, die Kohle aus anderen Regionen zu beziehen. Mit verschärften Gesetzen zum Wettbewerb, die wir mit dem Osterpaket auf den Weg gebracht haben, werden wir aber den Preisdruck künftig besser kontrollieren können.

Fraktion intern: Kann das Kohle-Embargo genügend Wirkung entfalten, um Putin ernsthaft unter Druck zu setzen?

Matthias Miersch: Ich finde es schwierig, auch mit Blick auf andere Embargos, zu sagen, das oder jenes setzt Putin genug unter Druck, sodass er Friedensverhandlungen führt. Wir erhöhen den Druck auf das russische Regime mit jedem Schritt. Und gleichzeitig arbeiten wir uns heraus aus energiewirtschaftlichen Abhän-

gigkeiten. Im Hörsaal funktioniert Schwarz-Weiß und dort hat vielleicht jede Handlung eine unmittelbare Wirkung zur Folge, die Realität fordert oft kleinere Schritte zum Ziel.

Fraktion intern: Ein Embargo auf russisches Gas können wir uns offenbar nicht leisten – die Bundesregierung ist weiter dagegen.

Matthias Miersch: Dadurch, dass wir als eine der wenigen industriell hochentwickelten Nationen aus Kohle und aus Atom gleichermaßen aussteigen, wächst der Druck auf die Bundesrepublik Deutschland, Gas als Brücke zu nutzen. Und es geht nicht nur um die Bezahlbarkeit von Energie, sondern um Versorgungssicherheit. Ich bin mir sehr sicher, dass wir mit einem Embargo richtig in Schwierigkeiten kommen würden. Wirtschaftspolitisch würde das teilweise enorme Folgen hier in Deutschland haben, bis hin zur Massenarbeitslosigkeit. Wenn einige Wissenschaftler:innen lapidar behaupten, dass wir mit ein bisschen weniger Raumtemperatur das Gas aus Russland nicht mehr brauchen, halte ich das für brandgefährlich und realitätsfern.

Fraktion intern: Dennoch: Wie lange können wir das wirklich durchhalten? Menschen sterben in der Ukraine. Die Forderungen nach einem Embargo werden immer lauter nach den Gräueltaten in Butscha. Auch EU-Partner üben Druck aus.

Matthias Miersch: Wie gesagt: ein Gas-Embargo würde massive Auswirkungen haben. Russland hat ja durchaus auch Alternativen, wohin es sein Gas liefern könnte, wie etwa nach China. Man kann also nicht davon ausgehen, dass Putin mit dem Krieg aufhört, wenn wir die Importe

stoppen. Im Gegenteil, es könnte sogar zu einer weiteren Verschärfung dieser Eskalation kommen. Und deswegen bin ich immer vorsichtig mit ganz schnellen, moralisch populären Forderungen, die aber möglicherweise genau das Gegenteil bewirken. Natürlich ist das ein Prozess. Ich kann heute nicht ausschließen, dass es zu einem vollständigen Embargo kommt. Es kann sogar sein, dass Putin den Hahn abdreht.

Fraktion intern: Was, wenn Putin chemische Waffen einsetzt?

Matthias Miersch: Natürlich wäre ein Einsatz chemischer und biologischer Waffen noch einmal eine weitere Eskalationsstufe, die in irgendeiner Form beantwortet werden muss. Aber ich wiederhole: Unsere Wirtschaft ist sehr, sehr anfällig bei Energie. Wenn bestimmte Maßnahmen unsere Gesellschaft massiv destabilisieren würden, muss man überlegen, ob man das in Kauf nehmen will. Eine Glashütte beispielsweise, die man einmal herunterfährt, lässt sich so schnell nicht mehr hochfahren. Und davon hängen Existenzen ab. Im Moment bin ich nicht bereit, diesen letzten Schritt der Sanktionen schon zu gehen, auch weil ich nicht weiß, was er für eine Wirkung auf das Kriegsgeschehen hätte.

Fraktion intern: Was würde denn ganz konkret passieren, wenn Putin den Hahn zudreht?

Matthias Miersch: Wir würden erst einmal auf unsere Reserven zurückgreifen. Gott sei Dank haben wir augenblicklich den Übergang in den Frühling. Ich gehe davon aus, dass wir eine gewisse Zeit auch ohne Gas, Kohle und Öl aus Russland klarkommen könnten. In Notfallplänen ist jedenfalls sehr klar festgelegt, was pas-

siert. Die Industrie müsste dann ihren Beitrag leisten, damit die Versorgung der Verbraucher:innen in Deutschland gewährleistet bliebe. Das heißt, wir würden uns als erstes anschauen müssen, welche Produktionsstätten stillgelegt oder heruntergefahren werden könnten zugunsten anderer, die wirtschaftspolitisch überlebensnotwendig sind, aber auch von den Produkten, die hergestellt werden. Mit Sicherheit würden auch Arbeitnehmer:innen ihren Arbeitsplatz verlieren, weil die Produktion nicht läuft.

Fraktion intern: Klar ist, wir müssen unabhängig werden von russischer Energie. Die Energiewende ist also jetzt auch geostrategisch begründet, kann man auch in der Energiepolitik von einer Zeitenwende sprechen?

Matthias Miersch: Die hat in dem Bereich schon früher begonnen. Ich arbeite seit 16 Jahren daran. Der maximale Ausbau der Erneuerbaren Energien ist der Schlüssel, um den Klimaschutz in unserem hochindustrialisierten Land voranzubringen und energiepolitisch unabhängiger zu werden. Mit einer Solar- und Windkraftoffensive entfesseln und beschleunigen wir nun endlich den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Klimaneutralität bis 2045 und ein maximaler Ausbau der Erneuerbaren Energien waren zentrale Wahlkampfversprechen der SPD. Während in der großen Koalition mit der Union nur Trippelschritte möglich waren, ist jetzt mit den Grünen und der FDP echter Fortschritt möglich. Gemeinsam werden wir zahlreiche Vereinfachungen für den Ausbau von Erneuerbaren Energien durchsetzen.

Das Thema „Geostrategie“ ist im Übrigen nicht neu: Auch die Energielieferungen, die wir über Jahrzehnte aus



„Völlige Autarkie von Russland in drei, vier Jahren“

Saudi-Arabien oder aus Katar bekommen haben und auch jetzt kaufen, sind mit Blick auf Menschenrechte und Demokratie problematisch. Wir müssen auf Europa setzen, auch im Energiebereich. In Europa können wir ganz, ganz viel mit Kooperation wuppen. In Norwegen gibt es große Wasserkraft-Potenziale, in Portugal und Spanien gibt es viel Sonne und Wind.

Fraktion intern: Diese neuen Allianzen müssen dann aber schnell entstehen.

Matthias Miersch: Erst einmal müssen wir in Deutschland unsere Hausaufgaben machen. Jede Kilowattstunde, die wir hier erneuerbar produzieren

oder einsparen, reduziert unsere Abhängigkeit von anderen Staaten. Es ist eine Riesentransformation, eine große Umwandlung der Energiepolitik notwendig. Das war vor der Ukraine-Krise so und das wird auch danach so sein.

Fraktion intern: Bis wann können wir es schaffen, von Russland unabhängig zu sein?

Matthias Miersch: Das hängt sehr davon ab, wie schnell wir beim Ausbau der Erneuerbaren Energien vorankommen und wie wir die Verträge etwa für Flüssiggas mit anderen Staaten hinbekommen. Aber ich glaube schon, dass es uns gelingen kann, in

drei, vier Jahren eine völlige Autarkie von Russland zu erreichen.

Fraktion intern: Der Druck, von Russland unabhängig zu werden, ist sehr groß. So groß, dass der Ausbau der Erneuerbaren möglicherweise nicht schnell genug ist. Gefährdet dieser Druck, dass wir unsere Klimaschutzziele erreichen? Die Ampel will die Stilllegung von Kohlekraftwerken aussetzen.

Matthias Miersch: Das sind Reserven, die im Zweifel gehoben werden müssen. Wir wollen ja erst bis 2045 treibhausgasneutral werden. Diese Reserve-Kraftwerke werden wir nicht brauchen, wenn wir bei den Erneuer-

„Mit Grünen und FDP ist echter Fortschritt möglich“

erbaren schnell weiterkommen. Ich glaube, am Ende kann aus dieser Krise auch eine Riesenchance werden, dass es bei den Erneuerbaren schneller geht, weil sich individuelle Widerstände nicht mehr rechtfertigen lassen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist von überragendem öffentlichen Interesse. Individuelle Interessen müssen im Zweifel dann zurücktreten. In Bayern etwa hemmt die Diskussion um den Mindestabstand von Windrädern zu Wohngebäuden den Ausbau von Windkraft massiv. Das können wir uns in dieser Zeit nicht mehr leisten. Wenn solche Widerstände verschwinden, dann können wir unsere Klimaziele auf alle Fälle erreichen. Wir

können an der einen oder anderen Stelle sogar noch beschleunigen.

Fraktion intern: Was ist mit der Atomkraft? Die FDP schlägt eine Laufzeitverlängerung vor, und die EU-Kommission sieht den Beitrag der Atomkraft zur Energieunabhängigkeit auch als Möglichkeit.

Matthias Miersch: Ich kann für mich ganz klar sagen, dass ich es für absolut fatal hielte, wenn hier wieder an der Laufzeitverlängerung gedreht werden würde. Wir haben endlich Rechtssicherheit geschaffen. Außerdem ist Atomkraft weder nachhaltig, noch billig. Wenn man die

Endlager-Kosten alleine einpreisen würde, wäre es schon unbezahlbar, und wir haben weltweit noch kein eingerichtetes Endlager. Wir überlassen 30.000 Generationen nach uns hoch gefährlichen Müll. Atomkraft ist energiepolitisch, rechtspolitisch und finanzpolitisch eine Sackgasse. Insofern muss die Antwort der maximale Ausbau der Erneuerbaren Energien sein.

Das Gespräch mit
Matthias Miersch als
Podcast hören Sie hier



Hohe Kosten abfedern

Die gestiegenen Kosten für Strom, Lebensmittel, Heizung und Mobilität sind für viele Bürger:innen zur Belastung geworden. Die Ampelkoalition hat sich deshalb im Februar und März auf zwei Entlastungspakete in Höhe von rund 30 Milliarden Euro verständigt, um vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen zu unterstützen.

Das Wichtigste im Überblick.

- **Abschaffung der EEG-Umlage** zum 1. Juli: Dadurch spart ein Drei-Personen-Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 6.000 Kilowattstunden 133 Euro.
- **Energiepreispauschale von 300 Euro** für einkommenssteuerpflichtige Erwerbstätige und Selbständige. Die Pauschale unterliegt der Einkommenssteuer.
- **Einmalbonus von 100 Euro für jedes Kind**, um besondere Härten für Familien abzufedern.
- **Sofortzuschlag von 20 Euro pro Monat für von Armut betroffene Kinder:** Bis zur Einführung der Kindergrundsicherung wird damit den Kindern geholfen, die besondere finanzielle Unterstützung brauchen.
- **Einmalzahlung von 200 Euro für Empfänger:innen von Sozialleistungen.**
- **Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger:innen, Auszubildende und Studierende:** Der Zuschuss wird automatisch ohne Antragstellung ausbezahlt und beträgt für eine Person 270 Euro, bei zwei Personen 350 Euro und bei jeder weiteren Person je 70 Euro. Studierende und Auszubildende erhalten einmalig 230 Euro.
- **Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe:** drei Monate lang 30 Cent weniger für Benzin und 14 Cent weniger für Diesel.
- **ÖPNV-Flatrate für 9 Euro pro Monat:** Sie gilt 90 Tage lang für alle Bürger:innen.
- **Erhöhung der Fernpendlerpauschale** rückwirkend zum 1. Januar 2022 auf 38 Cent ab dem 21. Kilometer. Zudem können höhere Werbungskosten von der Steuer abgesetzt werden.
- **Höherer Grundfreibetrag:** Der steuerfreie Anteil des Einkommens steigt von derzeit 9.984 Euro um 363 Euro auf 10.347 Euro.
- **Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags um 200 Euro auf 1200 Euro:** Der erhöhte Freibetrag gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2022.

Laufend aktuelle Informationen zur Umsetzung der geplanten Maßnahmen gibt es unter www.spdfraktion.de.

Jederzeit handlungsfähig sein

Millionen Menschen aus der Ukraine sind auf der Flucht. Wie sich Deutschland für deren Aufnahme und Integration wappnet. Ein Ortstermin mit dem SPD-Abgeordneten Hakan Demir.

Regen prasselt auf das Zelt Dach, der Wind zerrt an den weißen Plastikplanen. Ein Sturmtief liegt über Berlin, und am ehemaligen Flughafen Tegel fegen die Böen über die freie Fläche. Die Zelte halten ihnen gut stand. Hakan Demir, SPD-Bundestagsabgeordneter, steht mit einer Handvoll weiterer Mitglieder des Innenausschusses in einem von den drei großen Zelten, die das Deutsche Rote Kreuz hier aufgebaut hat. Durch die gelben Luftschläuche, die drinnen am Zelt Dach entlanglaufen, können sie selbst bei minus 10 Grad Außentemperatur auf 20 Grad aufgeheizt werden. Doch nur für den Besuch der Abgeordneten wird nicht extra geheizt. Noch sind die drei Zelte leer, die 900 Menschen als kurzfristige Notunterkunft dienen können. Sie sind als „Pufferkapazität“ aufgebaut worden, das Land Berlin hatte den Bund darum gebeten, dies zu bezahlen.

Mehr als eine Nacht sollte keiner ausharren müssen auf den Pritschen, die statt Matratzen nur Plastikplanen als Unterlage bieten. Die kann man zwar leicht desinfizieren, bequem sehen sie aber nicht aus. Es gibt warmes Essen, WLAN und Sanitäreinrichtungen mit Duschen. Es geht darum, Geflüchteten ein paar Stunden Zuflucht zu bieten, bevor sie weiterreisen oder in einer längerfristigen Bleibe unterkommen können.

Seit Kriegsbeginn am 24. Februar haben laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk fünf Millionen Menschen die Ukraine verlassen. Knapp 360.000 von ihnen wurden in Deutschland registriert. Nach ersten chaotischen Wochen, als teils täglich bis zu 15.000 Geflüchtete in Berlin ankamen, hat sich die Lage etwas entspannt, die Geflüchteten werden jetzt nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Hiernach wird jedes Jahr neu auf der Basis von Steuereinnahmen und Bevölkerungszahl festgelegt, wie viele Asylbewerber:innen ein Bundesland aufnehmen muss. Doch wie genau sich die Anzahl der ankommenden Geflüchteten weiter entwickeln wird, ist schwer vorherzusagen. „Es geht darum, auf alle Szenarien eingestellt zu sein, um jederzeit handlungsfähig zu sein“, sagt Innenministerin Nancy Faeser (SPD).

Die Zelte aus der Zivilschutzreserve des Bundes sind ein wichtiger Teil der Unterstützung für die Geflüchteten. „Wir müssen die Menschen, die auf der Flucht sind, schnell ver-

Links: Menschen warten in der Anlaufstelle für Geflüchtete aus der Ukraine am Berliner Hauptbahnhof.



Hakan Demir in einem Zelt für Geflüchtete am ehemaligen Flughafen Tegel.

sorgen können“, sagt Hakan Demir, der für den Berliner Bezirk Neukölln das Direktmandat erkämpft hat. Der 37-Jährige ist einer von 104 Abgeordneten, die neu in den Bundestag eingezogen sind. Der Innenausschuss war sein Wunschausschuss. Besonders interessiert er sich für das Thema Einwanderung, auch aufgrund seiner Familiengeschichte. Sein Großvater kam 1970 als Gastarbeiter aus der Türkei nach Deutschland. Derzeit arbeitet Demir daran, die gleichmäßige Verteilung der ukrainischen Flüchtlinge zu verbessern.

Seitdem die ersten Geflüchteten nach Deutschland kamen, hat sich viel getan. Die europäischen Partner einigten sich schnell darauf, dass die Menschen aus der Ukraine, anders als etwa die Geflüchteten aus Syrien im Jahr 2015, ihre Schutzbedürftigkeit nicht individuell in einem Asylverfahren nachweisen müssen. Dazu wurde eine EU-Richtlinie von Anfang 2001 aktiviert, die für den Fall eines „massenhaften Zustroms“ von Vertriebenen gedacht war. Die Aufenthaltserlaubnis für die Menschen aus der Ukraine gilt zunächst rückwirkend vom glaubhaft gemachten Zeitpunkt der Einreise in das Bundesgebiet, frühestens 4. März 2022, bis zum 4. März 2024.



Innenministerin Nancy Faeser (SPD) unterhält sich mit freiwilligen Helfer:innen am Berliner Hauptbahnhof.

Sobald sie sich registriert haben, sind die Geflüchteten krankenversichert und erhalten eine Arbeitserlaubnis. Zudem erhalten sie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, ab dem 1. Juni dürfen sie die Grundsicherung beziehen. Damit können sie auch die Vermittlungs- und Beratungsangebote der Jobcenter in Anspruch nehmen. Der Bund unterstützt die Kommunen darüber hinaus bei den Kosten für die Unterbringung im laufenden Jahr mit einer Milliarde Euro. An den Kosten für Integration in Kita oder Schule will sich die Ampel-Koalition ebenfalls mit einer Milliarde Euro beteiligen.

Hakan Demir hält diese Maßnahmen für absolut notwendig. „Das ist eine wichtige Lehre, die wir aus der Situation 2015 gezogen haben“, sagt er. Die Kommunen hätten damals nicht genügend finanzielle Hilfe bekommen, seien häufig auf den Kosten sitzengeblieben. Auch solche politischen Fehler hätten an vielen Orten zu negativen Einstellungen gegenüber den Geflüchteten geführt.

Doch Demir sieht auch positive Folgen durch die Bewältigung der Fluchtbewegung aus Syrien. Es sei jetzt bereits eine

Infrastruktur vorhanden, die auch bei der Integration der Menschen aus der Ukraine helfen werde, wie etwa die vielen Ehrenamtlichen, die täglich an Bahnhöfen in ganz Deutschland stehen und die aus der Ukraine geflüchteten Menschen in Empfang nehmen und sie weiter vermitteln, die Vereine und Initiativen, die Kinder und Jugendliche aufnehmen und mit ihnen spielen, die ehrenamtlichen Beratungsangebote, oder, wie etwa auf Berliner Landesebene, die Ernennung eines Beauftragten für Integration und Migration.

Immerhin 50 Prozent der Geflüchteten, die damals nach Deutschland kamen, seien inzwischen in den Arbeitsmarkt integriert. Angesichts der Tatsache, dass diese Menschen erst ein langwieriges Asylverfahren hinter sich bringen mussten, um arbeiten zu dürfen, sei das ein großer Erfolg. Die Ausgangslage sei für die Geflüchteten aus der Ukraine viel besser.

Demir wünscht sich, dass bei künftigen Fluchtbewegungen aus anderen Regionen den Menschen ähnliche Rechte wie jenen aus der Ukraine gewährt werden. Und dass den Asylbewerber:innen, die lediglich geduldet würden, die



Nach der Registrierung erhalten Geflüchtete eine Arbeitserlaubnis

Pritschen werden in Zelten auf dem Rollfeld des ehemaligen Flughafens Tegel aufgebaut.

aber nicht zurückgeführt werden könnten, auch eine Perspektive auf Arbeit oder Ausbildung gegeben wird. „Es darf keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse geben“, sagt Demir. Damit meint er auch Menschen aus Drittstaaten, die aus der Ukraine flüchten. Haben sie nicht die ukrainische Staatsangehörigkeit, sondern kommen aus einem Drittstaat, in den sie sicher und dauerhaft zurückkehren können, müssen sie nach den derzeitigen Regeln dorthin zurück. Ungerecht, findet Demir, denn die Betroffenen hätten oft sehr viel Geld und Mühen investiert, um etwa in der Ukraine studieren oder arbeiten zu können.

Während Hakan Demir und seine Kolleg:innen aus dem Innenausschuss die Zelte besichtigen, hat sich der Sturm

gelegt. Demir steht auf dem ehemaligen Rollfeld mit den Mitarbeiter:innen des Roten Kreuzes. Für wie wichtig hält er die Finanzierung dieser Notunterkünfte? Schließlich stünden sie ja leer.

Demir blickt nachdenklich auf die Zelte. „Ich war in den Tagen nach Beginn des Krieges am Hauptbahnhof“, sagt er. „Da habe ich gesehen, wie Tausende mit ihrem Hab und Gut ankamen, dort in der Kälte ausharren mussten und nicht wussten, wohin.“ Diesen Menschen müsse man sofort helfen können. Derzeit, so Demir, wisse niemand, wie lange der brutale Krieg in der Ukraine noch dauern werde.

Eine moderne und fähige Bundeswehr

Eine wehrhafte Demokratie braucht einsatzfähige Streitkräfte. Ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro soll die Bundeswehr zur modernsten Armee Europas machen. — von Wolfgang Hellmich, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion



Wolfgang Hellmich
MdB

Bundeskanzler Olaf Scholz hat in seiner Regierungserklärung am 27. Februar nach dem russischen Angriff auf die Ukraine eine klare Zielmarke gesetzt. Ein Sondervermögen über 100 Milliarden Euro soll die Bundeswehr in die Lage versetzen, die modernste und professionellste Armee Europas zu werden. Zusammen mit den Bündnispartnern in der NATO und der EU soll sie befähigt werden, das Bündnisgebiet gegen jeden Angriff wirksam zu verteidigen zu können. Eine wehrhafte Demokratie braucht einsatz- und durchsetzungsfähige Streitkräfte.

Nach der Annexion der Krim war die Bündnisverteidigung zwar bereits zur gleichrangigen Aufgabe neben den Stabilisierungseinsätzen und Auslandsmissionen erklärt worden, aber außer diesen Ankündigungen der vorherigen Verteidigungsministerinnen der CDU ist nicht viel geschehen.

Dies hat sich nun innerhalb kürzester Zeit geändert. Im Verteidigungsministerium sind erste Entscheidungen getroffen worden, die die sehr komplexen Beschaffungsprozesse deutlich beschleunigen. Die Anhebung der Summe von unterschwelligen Vergaben ohne Ausschreibung von 1000 auf 5000 Euro entlastet die Beschaffungsexperten deutlich von Bürokratie.

Dadurch werden Kräfte freigesetzt, die in komplexeren und größeren Beschaffungsverfahren dringend gebraucht werden. So werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass mit dem Sondervermögen endlich die Ausrüstungslücken bei der Bundeswehr geschlossen werden können.

Die Zielmarke, der NATO bis 2025 eine voll ausgestattete und digitalisierte Division des Heeres zur Verfügung stellen zu können, soll auch mit dem Einkauf marktverfügbarer digitalisierter Funktechnik möglich gemacht werden.

Damit steigen die Fähigkeiten der Bundeswehr, im Einsatz gemeinsam mit unseren Bündnispartnern agieren zu können. Noch 2022 sollen die ersten digitalen Funkgeräte an die Bundeswehr ausgeliefert werden.

Die Entscheidungen, atomwaffenfähige Tornadojets des Modells F35 zur Fortführung der Nuklearen Teilhabe zu beschaffen und den Eurofighter als den Kern der Luftstreitkräfte auszubauen, sind ebenfalls wichtige Schritte zur Fähigkeitsentwicklung der Bundeswehr.

Bereits im Koalitionsvertrag verankert sind die Beschaffung eines marktverfügbaren schweren Transporthubschraubers wie auch die Bewaffnung der Drohne Heron TP. Außerdem sollen die Soldat:innen besser ausgestattet werden – mit Schutzwesten, funktionsgerechten Rucksäcken und modernen Kampfstiefeln. Nötiges Sanitätsmaterial und bisher fehlende Munition soll ihnen ebenfalls zur Verfügung gestellt werden.

Bei all den Anschaffungen wird das Parlament mitreden: Die Umsetzung des Sondervermögens für die Bundeswehr unterliegt der fachlichen Kontrolle durch den Verteidigungsausschuss und der finanziellen Kontrolle durch den Haushaltsausschuss. Der Bundestag wird darauf achten, dass die Bundeswehr gegen die Bedrohungen der Gegenwart und der Zukunft gewappnet ist.

Entwicklungspolitik sichert Frieden

Entwicklungszusammenarbeit schafft wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven und trägt damit vorbeugend dazu bei, dass Konflikte oder Fluchtursachen nicht entstehen. — von Sanae Abdi, entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion



Sanae Abdi
MdB

Die direkten Folgen des Kriegs in der Ukraine machen die wichtige Rolle der Entwicklungspolitik mehr als deutlich: Menschen in den Kriegsgebieten müssen versorgt werden, Millionen sind auf der Flucht, und weltweit verschärfen sich die Hungerkrisen. Das al-

les geschieht, während wir multiple Krisen auf der ganzen Welt erleben. Die Corona-Pandemie hat sich zu einer Poly-Pandemie entwickelt: Die Pandemie ist längst nicht mehr nur eine globale Gesundheitskrise, sie gefährdet auch wirtschaftliche Ent-

wicklung, Stabilität und Frieden. Und auch mit Blick auf die Auswirkungen des Klimawandels muss eine sozialdemokratische Entwicklungspolitik systemisch denken.

Wir müssen längerfristige und sich wechselseitig verstärkende Zusammenhänge besser in den Blick nehmen. Wenn wir jetzt nicht entsprechend handeln und Länder des Globalen Südens beim Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel unterstützen, verschärfen sich Krisen als Folge der globalen Erderwärmung, die sich bereits abzeichnen. Gerade wir als sozialdemokratische Fraktion sind dabei auch gefordert, soziale Fragen mit den Aspekten des Klima- und Ressourcenschutzes zu vereinen.

Jenseits der Bewältigung der unmittelbaren Folgen des Krieges in der Ukraine muss daher auch stärker eine strukturelle Entwicklungspolitik in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns rücken. Entwicklungspolitik kann nur nachhaltig sein, wenn sie auf langfristige und strukturelle Wirkung abzielt. Dafür darf sie nicht nur Symptome bekämpfen, sondern muss an den zugrundeliegenden Ursachen ansetzen.

Daher ist für mich auch prioritär, dass wir die Rolle von Frauen und Mädchen weltweit stärken und gesellschaftliche Diversität fördern. Dies wird derzeit unter dem Begriff feministische Entwicklungspolitik diskutiert. Feministische Entwicklungspolitik heißt, dass wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen müssen, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben. Dass alle Menschen den gleichen Zugang zu gesellschaftlichen Entscheidungen und zu Bildung bekommen. Dass alle Menschen über die notwendigen finanziellen Ressourcen für ein selbstbestimmtes Leben in Würde verfügen. Dafür müssen wir auch anerkennen, dass verschiedene Formen der Ungleichheit oft zusammenwirken und sich gegenseitig verschärfen.

Entwicklungszusammenarbeit schafft wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven und trägt damit vorbeugend dazu bei, dass Konflikte oder Fluchtursachen nicht entstehen. Als Teil des vernetzten Ansatzes tragen Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe neben militärischen und diplomatischen Interventionen in Krisenregionen dazu bei, Lebensgrundlagen zu erhalten, neue Perspektiven zu schaffen und damit Frieden langfristig zu sichern.

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik ist dem Frieden verpflichtet und leistet durch Solidarität und Partnerschaften auf Augenhöhe einen Beitrag zur Stärkung Europas als Friedensmacht in der Welt. Um dieser wichtigen Rolle gerecht zu werden, bedarf es entsprechend finanziell abgesicherter Programme. Wenn sich die Zeitenwende für die Entwicklungspolitik nicht im Bundeshaushalt widerspiegelt, dann ist das ein Problem. Auch für die SPD-Fraktion.

